

Auszug aus dem substanzialen Protokoll 165. Ratssitzung vom 10. Dezember 2025

5539. 2025/391

Weisung vom 10.09.2025:

**Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2026 (Detailbudgets und Globalbudgets),
Kapitalaufnahmen 2026; Globalbudgetverordnung (GBVO), Teilrevision**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

- 1a. Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2026 werden genehmigt.
- 1b. Die Globalbudgets der Stadt Zürich für das Jahr 2026 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zentral bei der Institution 1060 (Gesamtverwaltung) eingestellten Budgetkredite von Fr. 29 393 100.– für das städtische Lohnsystem (SLS) einschliesslich Spontanprämien und den Teuerungsausgleich (einschliesslich Arbeitgeberbeiträge) nach erfolgter Lohnrunde 2026 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2026 werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Dem Referendum unterliegend:

- 4a. Die Globalbudgetverordnung (GBVO, AS 611.102) wird wie folgt geändert:

Art. 7 Informationsteil

¹ Der Informationsteil für jede Produktgruppe enthält:

- a. einen Kommentar zu Veränderungen und erwarteten Entwicklungen;
- lit. b und c unverändert.
- d. eine Beschreibung allfälliger ausserordentlicher Massnahmen.

Abs. 2 unverändert.

- 4b. Diese Änderung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2026, Vorlage des Stadtrats vom 10.09.2025
- Novemberbrief vom 05.11.2025
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 01.12.2025
- Anträge der RPK vom 01.12.2025, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse
- Antrag der RedK vom 14.11.2025

Referat zur Vorstellung der Weisung: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 5530/2025–5536/2025)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Wortmeldungen zum Eintreten siehe GR Nr. 2025/390, Beschluss-Nr. 5529/2025

Eintreten ist unbestritten

Kommissionsmehrheit/-minderheit Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1a–1b:

Sven Sobernheim (GLP): Wahrscheinlich wird eine Mehrheit dem Budget zustimmen.

Pärparim Avdili (FDP): Eine Minderheit wird voraussichtlich Nein zum Budget sagen. Die Gründe werden im Laufe der 108 Anträge und Begleitpostulate ausführlich erläutert.

Weitere Wortmeldung:

Johann Widmer (SVP): Die SVP lehnt das Budget Jahr für Jahr ab, weil wir noch nie dahinterstehen konnten. Es werden von linker und grüner Seite jedes Jahr neue Ideen generiert, die alle viel Geld kosten. Links-Grün lehnt jeden Sparvorschlag der Bürgerlichen ab und bläht das Budget auf. In den letzten Jahren stieg es von 7 Milliarden Franken auf über 11 Milliarden Franken an. Die SVP stellt sich das ganze Jahr konsequent gegen jede Ausgabe, die nicht wirklich notwendig ist. Wir lehnen noch mehr Gelder für Staatskünstler, Gender- und Klimawahn, die Übersteuerung der Tagesschulen, das Velo-routen-Flickwerk, Fernwärme für nur 60 Prozent Nutzniesser, den Ausbau von Personal und neuen Stellen, aber auch die Vergabe von Aufträgen an externe Berater und Staatsschmarotzer ab. Wir machen das ganze Jahr konkret und konsequent unsere Arbeit. Die absoluten Mehrheitsverhältnisse in diesem Rat führen aber dazu, dass das Geld der Stadt für allerlei links-grüne Hobbys und Wahnvorstellungen verschleudert wird. Es ist leider nicht möglich, das Budget substanziell zu kürzen, weil viele Ausgaben vom Gemeinderat abgesegnet wurden. So wird die Budgetdebatte auch dieses Jahr dazu führen, dass vor allem linke Begehrlichkeiten noch stärker ausgebaut werden. So

verkommt die Budgetberatung zur schieren Farce. Streichen kann man fast nichts. Die Verwaltung schreibt oft «gebundene Ausgaben», «Kürzung von Löhnen unzulässig», «eine Kürzung würde zu Leistungseinbusse führen». Ja, wir wollen weniger Staat. Aber wir werden kaum eine Chance haben, korrigierend einzugreifen. Wir warnen mit grossem Nachdruck, dass die goldenen Zeiten vorbei sind. Auch der links-grüne Schlendrian muss einsehen, dass das Geld nicht auf Bäumen wächst. Aus diesem Grund werden wir in dieser Budgetdebatte noch konsequenter versuchen, jede Ausgabe zu bekämpfen.

Beschlüsse:

BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG

Antrag 001.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Moritz Bögli (AL): *Der Akt der Stimmabgabe ist wohl einer der wichtigsten in jeder demokratischen Gesellschaft. In der Schweiz ist die Stimmbeteiligung leider sehr tief – meistens unter 50 Prozent. Die Mehrheit der Stimmabgaben findet heutzutage brieflich statt. Die wenigsten Menschen gehen noch an die Urne. Mit diesem Antrag wollen wir die Hürde für die briefliche Stimmabgabe abbauen. Momentan gehen briefliche Stimmen mit B-Post zurück an die Stadt. Der Brief muss spätestens am Dienstag vor dem Abstimmungssonntag auf der Post sein, wenn man sicher sein will, dass er ankommt. Würde man – wie der Antrag verlangt – auf A-Post wechseln, könnte man das Couvert auch noch am Donnerstag oder Freitag einwerfen. Wir erhoffen uns so eine Steigerung der tiefen Stimmbeteiligung – auch im Hinblick auf die kommenden Wahlen. Das ist keine links-radikale Forderung, andere Gemeinden im Kanton Zürich machen das ebenfalls.*

Martin Bürki (FDP): *Die bisherige Regel funktioniert gut. Man kann bis am Dienstag brieflich abstimmen und nachher noch bis am Sonntag an die Urne gehen. Egal, wie man die Termine ändert, irgendwann ist einfach der letzte Termin. Auch wenn die briefliche Stimmabgabe bis am Freitag möglich wäre, gäbe es einige Leute, die die Frist verpassen würden. Die Stadtkanzlei hält die jetzige Situation für gut eingespielt, Sie stellte auch fest, dass kaum Abstimmungsunterlagen zu spät eingereicht werden.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Florian Blättler (SP): *Bei rund einem Dutzend Anträgen ist die SP-Fraktion in der offiziellen Fahne noch in der Enthaltung. Es handelt sich dabei um technische Enthaltungen, weil wir die Anträge zum Zeitpunkt der Fahne noch nicht in der Fraktion besprochen hatten. Das ist so ein Beispiel. Wir wechseln in die Zustimmung. Es geht am Schluss darum, die direktdemokratischen Mittel in guter schweizerischer Tradition zu stärken.*

Felix Moser (Grüne): Auch die Grünen sind noch in der Enthaltung. Nicht aus technischen Gründen, sondern weil wir uns in der Fraktion nicht einig waren. Zum einen ist es für uns zentral, dass jeder und jede sein Stimmrecht wahrnehmen kann. Der Staat soll so viel wie möglich dazu beitragen, dass die Stimmabgabe für alle einfach und problemlos möglich ist. Dass man briefliche Stimmen schon am Dienstag einwerfen muss, ist aus dieser Sicht eine unnötige Einschränkung. Ich war auch schon zu spät dran. Ich schrieb dann ein A auf das Couvert in der Hoffnung, es komme rechtzeitig an. Zum anderen gibt es gemäss Antwort der Stadtkanzlei nur ganz, ganz wenige Stimmen, die zu spät ankommen und so verloren gehen. Für diese Stimmen mehr als 200 000 Franken zu bezahlen, erscheint uns etwas hoch. Wir waren uns nicht einig, was wir stärker gewichten sollen.

Moritz Bögli (AL): Natürlich kommen sehr wenige Stimmunterlagen zu spät an. Weil die meisten Leute – wenn sie am Mittwoch oder Donnerstag merken, dass sie zu spät dran sind – die Unterlagen nicht mehr abschicken. Man sieht an den Mehrheiten, welche Parteien mit einer tiefen Stimmbeteiligung zufrieden sind. Das ist der Zürichberg als Wahlbasis der FDP, der die absolut höchste Stimmbeteiligung hat. Aber auch die postmateriellen Grünen, deren Wähler*innenschaft aus Leuten besteht, die immer abstimmen. Da ist das Interesse an einer höheren Wahlbeteiligung vielleicht etwas tiefer. Wenn ich mir andere grüne Anträge anschau, finde ich es kleinlich, dass 200 000 Franken für eine höhere Wahlbeteiligung zu viel sind, aber Millionen ausgegeben werden, um Stellen zu schaffen.

Michael Schmid (FDP): Alternative Fakten der Alternativen Liste. Tatsache ist, dass es bei Abstimmungen eine Frist gibt. Ob brieflich oder physisch – irgendwann ist man zu spät. Das hat nichts mit Hürden zu tun, sondern mit geordneten Verfahren.

Karin Weyermann (Die Mitte): Ich schliesse mich Michael Schmid (FDP) an. Irgendwann wird es schwierig zu wissen, wann der letztmögliche Zeitpunkt ist. Bei B-Post hat man gute Chancen, dass es noch ankommt, wenn man es am Mittwoch einwirft. Ausserdem gibt es noch das eine oder andere Lokal, wo man am Sonntag vorbeigehen könnte.

Sven Sobernheim (GLP): Die Stadtkanzlei hat kein Problem festgestellt. Die Post ist grosszügig, kulant und so demokratisch, dass sie versucht, alles zu lösen. Daher ändert sich nichts. Ich behaupte, dass niemand die Deadline so genau kennt. Wer behauptet, man würde das Couvert am Donnerstag nicht mehr einwerfen, ist zu nerdig unterwegs.

S. 114		10 1000 3130 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
					Betrag	Stimmen
			Verbesserung	Verschlechterung		
001.	Antrag Stadtrat				1 730 000 Mehrheit	Vizepräsidium Martin Bürgi (FDP) Referat, Pérparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
					225 000	1 955 000 Minderheit Tanja Maag (AL) Referat

Enthaltung Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)

Begründung: Briefliche Stimmabgabe von B- auf A-Post wechseln, um einen späteren Briefeinwurf zu ermöglichen und die Stimmteilnahme zu erhöhen

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 002.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Sven Sobernheim (GLP): Seit bald einem Jahr hat die Rechnungsprüfungskommission (RPK) einen wissenschaftlichen Mitarbeitenden. Das hat sich bewährt und die Aufsicht gestärkt. Darum fordern wir dasselbe für die Geschäftsprüfungskommission (GPK).

Martin Bürki (FDP): Der Antrag müsste von der GPK und nicht vom Präsidenten der RPK kommen. Wenn die Mehrheit der GPK nicht hinter dieser Anstellung steht, muss man damit rechnen, dass der Mitarbeiter nicht ausgelastet wäre.

S. 116	10 1005 3010 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gemeinderat Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
002.	Antrag Stadtrat				1 782 900	Minderheit Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte)	
					50 000	1 832 900	Mehrheit Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)

Begründung: Schaffung einer halben Stelle für die wissenschaftliche Mitarbeit in der Geschäftsprüfungskommission

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 28 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 003.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Markus Haselbach (Die Mitte): Das Stellenwachstum in der Stadtkanzlei ist zu hoch. Wir finden, dass nur eine neue Stelle geschaffen werden soll – die dringendste. Möglichweise ist das jene zum elektronischen Verwaltungsverfahren (VEVV). Weitere neuen Aufgaben sollen durch interne Umlagerungen und Weiterbildungen bewältigt werden.

Felix Moser (Grüne): Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) lehnt den Antrag ab. Wir halten die Stellen für gut begründet. Eine Stelle ist für die Umsetzung des neuen VEVV, das der Kanton einführt und die Stadt zwingend einführen muss. Bei der zweiten Stelle geht es um das Submissionsrecht. Das wird juristisch zunehmend komplexer und braucht mehr Ressourcen. Außerdem gibt es weitere Aufgaben wie die Motion zur Politikfinanzierung, die in der Stadtkanzlei umgesetzt werden muss. Die Stadtkanzlei hat einen breiten gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Die verlangten Umlagerungen sind weder fachlich noch ressourcentechnisch umsetzbar.

S. 124	10 1020 3010 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Stadtkanzlei Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
003.	Antrag Stadtrat				7 846 700	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP)
		200 000			7 646 700	Minderheit Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vice- präsidium Martin Bürgi (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)

Begründung: Verzicht auf die Schaffung von 2 neuen Stellen; weitere neue Anforderungen sollen durch interne Umlagerungen bewältigt werden

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 004.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Markus Haselbach (Die Mitte): Bei den Honoraren, externen Beratungen, Gutachten und Fachexpertisen der Stadtkanzlei steigt der Budgetwert von 408 000 Franken im Rechnungsjahr 2025 auf 657 000 Franken im aktuellen Budget. Dieser Anstieg um 61 Prozent ist trotz einiger laufender Projekte zu hoch. Wir beantragen eine Reduzierung um 50 000 Franken mittels Prioritätensetzung. Das Notwendige soll gemacht werden, aber nicht unbedingt alles Wünschenswerte.

Felix Moser (Grüne): Bei den Aufgaben der Stadtkanzlei kann man nicht mehr viel priorisieren. Wir gehen davon aus, dass die Stadtkanzlei das selber schon gemacht hat. Das Verwaltungsverfahren muss kommen und die Compliance-Governance-Frage beschäftigte die RPK schon lange. Wir sind froh, dass der Stadtrat vorwärtsmacht und Mittel einsetzt. Daher sehen wir keinen Grund für Kürzungen, das wäre kontraproduktiv.

S. 125	10 1020 3132 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Stadtkanzlei Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
004.	Antrag Stadtrat				657 000	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP)
			50 000		607 000	Minderheit Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vize- präsidium Martin Bürki (FDP), Pérparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)

Begründung: Prioritäten setzen, etwas reduzieren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 005.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Martin Bürki (FDP): Per 31. August 2025 gab es 428,6 unbesetzte Stellen. Im Budget 2026 sollen 777,9 Stellen geschaffen werden. Insgesamt wird es also am Anfang des Jahres 2026 mehr als 1000 unbesetzte Stellen geben. Deshalb beantragen wir – wie in den letzten Jahren – einen Pauschalabzug von 40 Millionen Franken.

Dr. Florian Blättler (SP): Das Budget sollte möglichst realistisch abbilden, was passiert. Wie Martin Bürki (FDP) sagte, sind Stellen manchmal nicht besetzt. Das heisst, wir brauchen am Schluss weniger Geld. Es sollte aber nicht sein, dass eine Stelle unbesetzt bleibt, weil das Budget aufgebraucht ist. Deshalb bauen wir 10 Millionen Franken als Sicherheitsmarge ein und beantragen einen Pauschalabzug von 30 Millionen Franken.

Tanja Maag (AL): Die AL und die Grünen bleiben bei der Ansicht, dass die im Stellenplan hinterlegten Werte in den Dienstabteilungen budgetiert werden sollen. Für geplante Stellen sollen die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Pauschalbeträge anhand von Annahmen zu definieren, ist Kristallkugel-Lesen. Wir lehnen beide Pauschalbeträge ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Man konnte dem Votum von Martin Bürki (FDP) entnehmen, dass man solche Pauschalkürzungen seit 20 Jahren habe. Das ist nicht der Fall. Es gab Jahre ohne Kürzungen und solche mit grösseren und kleineren. Der Stadtrat wird auch mit diesem Eingriff versuchen, die Stellen zu besetzen. Wir hatten auch schon 700 freie Stellen, jetzt sind es 400 Stellen. Ich weiss nicht, was auf dem Arbeitsmarkt passieren wird. Wenn Sie das einsetzen, werden wir sicher nicht auf die einzelne Dienstabteilung spiegeln. Wir verstehen das nicht als Kürzung von Stellen, sondern als Anpassung des Budgets, das möglicherweise nicht ausgeschöpft wird. Damit niemand Ende Jahr sagt, wir müssten die Stellen kürzen, stelle ich jetzt klar, dass wir das nicht machen werden.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sovernheim (GLP): Der heftige Widerstand des Vorstehers des Finanzdepartments überrascht mich. Wir erfuhren in der Budgetrunde, dass es einzelne Dienstabteilungen gibt, die das selbst in ihrem Globalbudget machen und im Saldo einen Pauschalabzug für nicht besetzte Stellen vorsehen. Daher haben wir nur den Stadtrat kopiert.

STR Daniel Leupi: Wenn es 20 Millionen Franken wie letztes Jahr gewesen wären, hätte ich mich nicht geäussert. Aber 40 Millionen Franken gehen an die Grenze der Stellen, die zurzeit nicht besetzt sind. Das finden wir schwierig. Die Rechnungsprüfungs-kommission (RPK) kann nicht erwarten, dass wir das auf die einzelne Stelle monitoren.

9 / 13

S. 131	10 1060 3010 00 203	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug nicht besetzte Stellen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
005.	Antrag Stadtrat				0 Minderheit 2	Tanja Maag (AL) Referat, Felix Moser (Grüne)
		40 000 000		-40 000 000	Mehrheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Pérram Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
		30 000 000		-30 000 000	Minderheit 1	Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: Mehrheit: Per 31.08.2025 gibt es 428,6 unbesetzte Stellen (31.08.2024: 552,4). Im Budget 2026 sollen 777,9 neue Stellen geschaffen werden. Insgesamt wird es so Anfang 2026 über 1000 unbesetzte Stellen geben. Dies gibt Raum für einen Pauschalabzug von 40 Millionen Franken.
Minderheit 1: Pauschalabzug für nicht besetzte Stellen

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 2	(0)	25 Stimmen
Antrag Mehrheit	(-40 000 000)	59 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(-30 000 000)	<u>37 Stimmen</u>
Total		121 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 1 wird mit 63 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

Antrag 006.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Micha Amstad (SP) beantragt für den Antrag der Minderheit neu eine Erhöhung um 4 500 000 Franken: Wir passen den Antrag an. Wir fokussieren uns neu auf die Funktionsstufen 1 bis 6. Das hat zur Folge, dass sich der Betrag auf 4,5 Millionen Franken reduziert. Wir sind aber nach wie vor davon überzeugt, dass der Antrag richtig und wichtig ist. Das städtische Personal erleidet seit Jahren Reallohnneinbussen. Es ist zwar so, dass die Lohnskalen nach dem Personalrecht der Stadt Zürich richtigerweise dem Zürcher Index der Konsumentenpreise angepasst werden. Aber solche Indizes haben ihre Mängel. Einer davon ist, dass die Krankenkassenprämien nicht abgebildet werden. Das bedeutet, dass die Prämienexplosion der letzten Jahrzehnte allein auf den Schultern der Lohnabhängigen lastet. Bei einem Lohn von 5000 Franken pro Monat bedeutet das Prämienwachstum von 5,2 Prozent im Jahr 2026 eine Reallohnneinbusse von 0,5 Prozent des Einkommens. Bei Familien ist es noch viel deutlicher. Seit dem Jahr 2000 stiegen die Krankenkassenprämien um 185 Prozent. Bei Lohnstufe 1 bis 6 handelt es sich um Personen in tiefen Lohnsegmenten. Deshalb sind wir – anders als der Stadtrat – der Meinung, dass die Zugehörigkeit zu einer Funktionsstufe das korrekte und logische Merkmal ist, um eine Prämie zur Abfederung der Reallohnneinbusse auszuschütten.

Martin Bürki (FDP): Auch die Angestellten der Stadt in den Funktionsstufen 1 bis 6 haben als städtische Angestellte eine weit überdurchschnittliche Vergütung im Vergleich zur Privatwirtschaft. Das Finanzdepartement weist zudem darauf hin, dass eine solche Einmalzulage keine rechtliche Grundlage habe. Nach Artikel 59 des Personalrechts sind ausserordentliche Leistungsvergütungen nur bei aussergewöhnlichen Leistungen einzelner Angestellter oder Arbeitsgruppen vorgesehen. Es ist also fraglich, ob das Anliegen der SP umgesetzt werden könnte. Für die FDP füge ich hinzu: Wenn die linke Ratshälfte – und insbesondere die SP – 4,6 Millionen Franken Wahlgeschenke verteilen möchte, soll sie das bitte aus ihrer Wahlkampfkasse und nicht mit Steuereinnahmen bezahlen.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sovernheim (GLP): Im Jahr 2021 sprachen wir das letzte Mal über eine solche Einmalzulage. Wir hatten eine Corona-Pandemie und ein Stadtspital, in dem viele Pflegende gearbeitet haben. Das war eine klar abgrenzbare Gruppe. Funktionsstufe 1 bis 6 ist keine klar abgegrenzte Gruppe. Dass das nicht verstanden wird, sehen wir bei der 35-Stunden-Woche. Wenn das städtische Personal angeblich so schlecht bezahlt ist, weshalb wurde nicht schon lange eine Motion eingereicht? Das wäre der richtige Weg.

Karin Weyermann (Die Mitte): Auch wenn ich als kantonale Angestellte die Geschenke der Parlamente gerne entgegennehme, verstehe ich es als Parlamentarierin und Steuerzahlerin dieser Stadt beim besten Willen nicht. Die rechtlichen Grundlagen wurden bereits erwähnt. Selbstverständlich sollen wir unsere Angestellten gut bezahlen. Aber fragen Sie in der Privatwirtschaft, wann das letzte Mal eine Teuerung ausgeglichen wurde.

Felix Moser (Grüne): Die Grünen sind grundsätzlich der Meinung, dass städtisches Personal gut entlohnt werden soll. Wir teilen das Anliegen, die tiefsten Löhne in der Stadt zu stärken. Das Problem der hohen Krankenkassenprämien sollte man aber nicht über einen Budgetantrag für eine spezielle Mitarbeitendengruppe, sondern über andere Massnahmen lösen. Zumindest in der Stadt sagte die Stimmbevölkerung klar Ja zur SP-Initiative, die stärker subventionierte Krankenkassenprämien verlangte. Das dient nicht nur einem Teil der städtischen Angestellten, sondern allen Bewohnenden der Stadt. Das ist für uns der richtige Weg. Der Antrag widerspricht dem Personalrecht, deshalb forderte er uns heraus. Eine Lohnerhöhung finden wir grundsätzlich sinnvoll. Aber wir sehen, dass es nicht umsetzbar ist. Bei 8 Millionen Franken hätten nicht alle zugestimmt. Da es um die Lohnstufen 1–6 geht, haben wir uns umentschieden und stimmen dem Antrag zu. Wir bitten aber, dass Anträge künftig rechtlich umsetzbar formuliert werden.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Es ist 16.25 Uhr und ich bin schon getriggert. Die AL war in der Enthaltung. Wir werden dem Antrag zustimmen. Aber ich bitte Sie, das Zähnekirischen meiner Fraktion zu hören. Dieses ist gewaltig. Nicht aus inhaltlichen Gründen. Es gibt keine einzige Fraktion in diesem Rat, die sich so für die Leute mit kleinem Portemonnaie einsetzt wie die AL. Das Personalrecht lässt es aber gar nicht zu, dass der Stadtrat derart selektiv Goodies an Leute verteilt. Mit diesem Antrag streuen wir dem Volk rot-grünen Sand in die Augen, weil der Stadtrat das Geld mit dem aktuellen Recht niemals auszahlen kann. Diese Art von Symbolpolitik ist etwas vom Schlimmsten, was Politiker*innen tun können. Wir wecken Hoffnungen, die nicht erfüllt werden können. Und dann wundern wir uns in vier Jahren, dass unsere Leute – von der Unterschicht – rechts wählen. Die AL macht trotzdem mit, weil sie nicht da ist, um den rot-grünen Stadtrat vor den eigenen Fraktionen zu schützen. Wir empfehlen STR Daniel Leupi, dass er das Geschäft an die Hand nimmt und nicht priorisiert, weil ihm sonst ein juristisches Debakel droht.

Micha Amstad (SP): Danke Sven Sobernheim (GLP) für die Idee, dass wir es ganzheitlich angehen sollten. Wir nehmen das auf den Pendenzenstapel. Es geht darum, das Dringendste umzusetzen und dort zu unterstützen, wo die Not wirklich gross ist. Das ist bei den tiefen Löhnen. Wir haben jetzt die Möglichkeit, das zu tun. Deshalb bitten wir den Stadtrat, alles zu unternehmen, dass diese Auszahlung ausgeführt werden kann. Der FDP würde ich raten, das mit den Wahlgeschenken den Betroffenen in diesen Funktionsstufen direkt ins Gesicht zu sagen. Das sind Netzelektriker*innen, Trampilot*innen oder Pflegeassistent*innen. Es geht um reale Nöte. Der Antrag ist korrekt und richtig.

Pérparim Avdili (FDP): Ich bin im falschen Film und habe das Gefühl, ich höre nicht richtig. In Bezug auf die Reallohnneinbussen müsste man ergänzen, dass es nur jene betrifft, die in der Stadt Zürich wohnen und arbeiten. Felix Moser (Grüne) halte ich eigentlich für ein vernünftiges RPK-Mitglied, das sachpolitische Themen gut kanalisiieren kann. Wenn er es aber nicht schafft, seine Fraktion zu überzeugen, hätte man sich zumindest enthalten sollen. Dr. David Garcia Nuñez (AL) erzählte, man streue dem Volk rot-grünen Sand in die Augen. Aber weil man nicht will, dass die Wähler eine andere Partei wählen,

müsste man ihnen falsche Hoffnungen machen und zustimmen. Hört ihr euch eigentlich selber zu? Der Antrag ist nicht umsetzbar. Wer ehrliche Politik machen will, müsste mit einer Motion kommen und nicht mit einer billigen wahlpopulistischen Aktion.

Samuel Balsiger (SVP): Sie beklagen sich über steigende Mieten, lassen aber den Grund weg. Sie beklagen sich über steigende Krankenkassenprämien, lassen aber den Grund und die Verantwortlichkeit weg. Es war die SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss, die im Jahr 1996 das System einföhrte und versprach, dass die Prämien langfristig sinken würden. Es geschah das Gegenteil. Die Prämien haben sich fast verdoppelt. Es ist auch unehrlich, wenn Sie die ganze Zeit über die hohen Krankenkassenprämien sprechen und anstatt struktureller Reformen nur mehr Geld einschiessen wollen. Solche Reformen können nicht im Gemeinderat, aber auf allen anderen Ebenen des Staats, auf denen Sie auch vertreten sind, angestossen werden. Aber das wollen Sie nicht, weil die Profiteure der hohen Gesundheitskosten Ihre eigenen Leute sind. Sie machen auf zwei Seiten Wahlkampf und verteilen Geschenke. Das ist eine sehr bedenkliche Entwicklung.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Die SP muss die Verantwortung für ihre Vorstöße übernehmen, nicht die AL. Die AL ist zurzeit nicht im Stadtrat. Am 8. März 2026 wird sich das ändern. Mit Tanja Maag (AL) werden solche Geschichten nicht passieren. Wenn Sie sich streiten und nicht einig werden, liegt es nicht an der AL, die Scherben zusammenzukehren. Die SVP weiss bestens, wie Klientelpolitik geht: 10 Millionen Franken für die Weinbauern, kein Geld für Frauen. Wir setzen uns wenigstens für unsere Leute ein.

Lara Can (SP): Liebe FDP, wir können sehr gern noch einmal über Wahlgeschenke sprechen, wenn es um die Diskussion zum Steuerfuß geht. Dort wollt ihr die grösste Profiteurin – die UBS – mit mindestens 6 Millionen Franken belohnen. Für eine Mittelstands-familie wären es aber nur ein paar läppische Franken.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Es war eine spannende Debatte. Ich fand vor allem das Votum von Dr. David Garcia Nuñez (AL) sehr interessant. Ich muss allerdings sagen, dass die AL schon auch ein bisschen für die Mehrheit verantwortlich ist. Sonst müssten sich die Wähler*innen am 8. März 2026 fragen, weshalb es die AL noch braucht. Ihr seid oft vernünftiger, deshalb hoffe ich schon, dass ihr für eure eigenen Mehrheiten einsteht. Ich bin entsetzt darüber, dass sich die grösste Fraktion dermassen um juristische Fakten fou-tiert. Das ist wirklich eine Enttäuschung für mich. Aber ich brauche keinen Schutz, wir werden das Geld nicht ausgeben. Ausserdem gibt es bei den Lohnstufen willkürliche Schnitte. Jemand, der in Stufe 7 tief eingestuft ist, verdient möglicherweise weniger als jemand, der in der Stufe 6 hoch eingestuft ist. Eine Motion, dass wir dem städtischen Personal die Krankenkassenprämien bezahlen, würde nicht durchkommen.

S. -	10 1060 3049 00 200	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Sammelkredit Einmalzulagen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
006.	Antrag Stadtrat				0 Mehrheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Péparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			4 500 000	4 500 000	Minderheit	Leah Heuri (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne)

Begründung: Einmalzulage in der Höhe von Fr. 500 pro 1 Stelle für alle Angestellten der Funktionsstufen 1 bis 6 zum Ausgleich des Kaufkraftverlusts durch die steigenden Krankenkassenprämien

Micha Amstad (SP) beantragt für den Antrag der Minderheit neu eine Erhöhung um 4 500 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 64 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 166, Beschluss-Nr. 5539/2025)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat